

Gesellschaftspolitische Grundsätze für die
Arbeit des Deutschen Entwicklungsdienstes

verabschiedet vom Verwaltungsrat des DED am 16. März 1971

1. Der DED wurde als ein Beitrag zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern gegründet. Er versteht sich als ein Element der Friedenspolitik und damit als ein Schritt auf dem Weg zu einem weltweiten Friedensdienst. In der Zusammenarbeit mit einheimischen Entwicklungsdiensten, mit den Entwicklungsdiensten anderer Länder und dem Entwicklungsdienst der Vereinten Nationen sieht er einen weiteren Fortschritt in dieser Richtung.

Der positive Friedensbegriff zielt darauf, die Menschenrechte zu verwirklichen, wie sie von den Vereinten Nationen formuliert sind. Sie sind in erster Linie auf soziale Gerechtigkeit und Freiheit gerichtet und sollen die Kluft zwischen Reich und Arm innerhalb und zwischen den Gesellschaften überwinden.

Am Ende des kolonialen Zeitalters werden Ziele globaler Partnerschaft, wirtschaftlichen Ausgleichs, sozialer Gerechtigkeit und der Verwirklichung von Menschenrechten zwar als notwendig für den Frieden anerkannt; Ungleichheit, Abhängigkeit und Spannungen belasten jedoch noch immer die Beziehungen zwischen Industriemächten und Völkern der Dritten Welt. Während es an konkreten Vorstellungen und politischen Konsequenzen auf dem Weg zu den erkannten Zielen weitgehend fehlt, stellen sich die Entwicklungshelfer in das spannungsreiche Verhältnis zwischen den Gruppen der Weltbevölkerung, um praktische Solidarität mit den Menschen ihrer Umgebung im Gastland zu üben.

2. Der DED ordnet seine Arbeit in die Entwicklungsvorstellungen der Partner in den Entwicklungsländern ein. Ob und in welchem Rahmen er zu deren Realisierung beiträgt, entscheidet er nach seinen Grundsätzen und Möglichkeiten. In diesem Sinne soll seine Arbeit der Verwirklichung der Menschenrechte dienen; er bemüht sich, konkret zur Emanzipierung der wirtschaftlich und sozial schwachen Gruppen beizutragen.
3. Damit den Menschen in den Entwicklungsländern geholfen wird, sich selbst zu helfen und ihre Gesellschaft zu modernisieren, soll der einzelne Entwicklungshelfer unter vollem Einsatz seines fachlichen Wissens und Könnens, an das hohe Anforderungen zu stellen sind, auch die gesellschaftspolitische Seite seiner Tätigkeit verstehen und seine Arbeit im Einvernehmen mit den einheimischen Partnern danach ausrichten. Durch sein demokratisches Handeln, durch Kritik und Selbstkritik, durch Verantwortungsbewußtsein und Kooperationsfähigkeit, durch Humor und Toleranz, durch seine Persönlichkeit und sein eigenes Verhalten wirkt er entwicklungsfördernd in seiner gesellschaftlichen Umgebung.

Dazu benötigt er eine intensive Vorbereitung sowie Anleitung und Unterstützung während seiner Arbeit. Diese muß einschließen, daß der Entwicklungshelfer seinen Auftrag nicht als ideologische

Mission mißversteht und den Partnern gegenüber nicht eine Lehrerrolle einnimmt. Der Entwicklungshelfer ist Gast in einem fremden Land, auf dessen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche er sich einstellt. Er greift nicht aktiv in innerpolitische Kontroversen seines Gastlandes ein.

Grundsätzlich ist der Entwicklungshelfer lernender und mitwirkender Partner; insofern ist Entwicklungsdienst auch Teil einer Bildungsaufgabe. Sie würde vernachlässigt werden, wenn der DED ausschließlich als technischer Fachdienst verstanden würde.

4. Jeder Entwicklungshelfer wird in seinem Gastland mit Kritik an der Politik der Geberländer konfrontiert. Die für seine Arbeit grundlegende Solidarität mit den Menschen der Dritten Welt ist unvereinbar mit der Hinnahme von Zuständen, die in der eigenen Gesellschaft einer freien und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit diesen im Wege stehen. Das vom Entwicklungshelfer besonders geforderte Engagement schließt die Möglichkeit ein, die eigene Gesellschaft und auch Teile ihrer Entwicklungspolitik zu kritisieren und sich für eine Änderung einzusetzen. Im Gespräch mit der politisch interessierten jungen Generation kommt den Entwicklungsdiensten eine wichtige Funktion zu.

Die öffentliche Meinung über Entwicklungshilfe wird vom Verhalten und von Äußerungen im DED unverhältnismäßig stark beeinflusst. Dieser Verantwortung für die Meinungsbildung ist sich der DED und auch der einzelne Entwicklungshelfer bewußt.

5. Das Gespräch mit der Öffentlichkeit wird auf die Dauer nur dann möglich sein, wenn alle Mitarbeitergruppen des DED bei Entscheidungen mitwirken und dadurch den DED als die von ihnen mitgetragene Organisation betrachten können.